

Antikriegstag Fellbach 2021

Liebe Friedensfreund*innen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein dreiviertel Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erleben wir gegenwärtig zeitgleich mehrere schwere Krisen.

Dabei ist jede der gegenwärtigen Krisen schon für sich bedrohlich.

Im Schatten der Corona-Krise und den Geschehnissen in Afghanistan - stehen Klima-Krise, Hunger, Armut, wachsende Ungleichheit und menschliches Leid durch Gewalt und Krieg. In mehrererlei Hinsicht bedingen diese Krisen einander.

Als Gewerkschaft, verbunden in Global Unions, stehen wir für Frieden, Demokratie und Menschenrechte weltweit ein.

Unser Verständnis ist ein erweitertes und auch ein historisch untermauertes Verständnis von Sicherheit:

Wir wollen, dass alle Menschen selbstbestimmt und würdevoll von guter Arbeit leben können!

Dass alle gegen die Risiken des Lebens wie Krankheiten, Unfälle und im Alter abgesichert sind und für sich und ihre Angehörigen angstfrei Zukunftsperspektiven wahrnehmen und ihre Persönlichkeit entfalten können!

Liebe Friedensfreund*innen,

gerade deshalb denke ich in diesem Moment an die Menschen in Afghanistan.

„Demokratie, Menschen- und Frauenrechte können nicht von außen herbeigebombt werden, das hat die engagierte Frauenrechtlerin und ehemalige afghanische Frauenrechtlerin und Abgeordnete Malalai Joya immer wieder kritisiert.

Jedoch - Nach dem gescheiterten Militäreinsatz in Afghanistan steht die Bundesregierung in einer besonderen Verantwortung,

in Zusammenarbeit mit zivilen internationalen Organisationen Flucht- und Aufnahmeperspektiven für von Taliban und Terror

bedrohte Menschen in Afghanistan zu schaffen – insbesondere auch für Frauenrechtlerinnen, Medien- und Kulturschaffende.

Der letzte deutsche Flieger von Kabul nach Taschkent darf nicht das Ende sein: Für die Bundesregierung muss es jetzt darum gehen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um bedrohte Menschen zu retten.

Sie steht insbesondere in der Verantwortung, die Menschen und ihre Angehörigen, die sich mit deutscher Unterstützung für Meinungsfreiheit und Menschenrechte in Afghanistan eingesetzt oder als Ortskräfte für deutsche und andere Hilfsorganisationen gearbeitet haben, nicht der Rache der Taliban auszuliefern.“

Und ich erwarte von uns, dass wir diese Menschen mit offenen Armen empfangen!

Die Pandemie hat mit einem Schlag offengelegt, wie verletzlich unser Zusammenleben ist und wie sehr wir über alle Grenzen hinweg voneinander abhängig sind. Nicht nur, weil binnen kürzester Zeit globale Lieferketten unterbrochen wurden und hierzulande scheinbare Selbstverständlichkeiten wie Desinfektionsmittel oder medizinische Schutzkleidung von einem Tag auf den anderen nicht mehr ausreichend verfügbar waren.

Sondern auch weil ein neues Virus, gegen das kein Mensch auf dem Planeten immun ist und das weder Herkunft, Nationalitäten noch Grenzen kennt, sich nicht mit Abschottung und nationalen Alleingängen bekämpfen lässt.

Genauso wenig übrigens wie der Klimawandel, der in vielen Regionen der Welt Hunger, Armut und Fluchtbewegungen erzeugt.

So sind lt. UNICEF Kinder die Haupt-Leittragenden des Klimawandels – 1 MRD Kinder sind extrem stark gefährdet – obwohl sie am wenigsten dafür verantwortlich sind.

Diese Herausforderungen und Bedrohungen lassen sich nur gemeinsam, in solidarischer und friedlicher Kooperation bewältigen.

Ja, ich sehe es wie UN-Generalsekretär António Guterres. Wir brauchen einen globalen Waffenstillstand und nicht weiter unsinnige Kriege, die am Ende keinen Frieden schaffen, sondern nur zu Leid und Elend von vielen Menschen führen.

Ob in Korea oder im Mittleren und Nahen Osten, ob in den von Zerfall und Bürgerkrieg bedrohten Staaten Afrikas oder in der Auseinandersetzung mit dem IS: Letztlich gilt, dass wirksame Friedenspolitik ein erweitertes Konzept kollektiver Sicherheit erfordert, ein Konzept, das weit über unmittelbar physische Bedrohungslagen hinausreicht.

Es geht dabei um Perspektiven für die Menschen, um eine Überwindung der krassen Ungleichheiten, um eine Weltwirtschaftsordnung, die den heutigen und kommenden Generationen ein Leben in Anstand und Würde ermöglicht.

Darauf müssen sich alle Bemühungen für einen Frieden für die Menschen richten und nicht auf mehr Aufrüstung und immer neuere Waffentechnik. „Die Welt ist überrüstet, der Frieden ist unterfinanziert“, mit diesen Worten brachte es der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon auf der New Yorker Konferenz „Atomwaffen abschaffen“ vor sieben Jahren treffend auf den Punkt.

Wenn nur etwas mehr als zehn Prozent der weltweiten Militärausgaben dazu verwendet würden, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wie inklusive Bildung für alle und die Beseitigung von extremer Armut und Hunger zu finanzieren, könnten diese Ziele erreicht werden.

Ja, Nuklearwaffen stellen die Spitze des Potenzials gegenseitiger Zerstörung und Vernichtung dar, grausamer ist fast nicht mehr vorstellbar.

Die US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki haben uns die grausame Wirkungsweise gezeigt, wozu Menschen in kriegerischen Auseinandersetzungen fähig sind.

Nukleare Aufrüstung bedeutet, dieses Zerstörungs- und Vernichtungspotenzial in besonderem Maße zu steigern. Doch statt sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu nähern, will Deutschland mit dem Kauf neuer, atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge den Pfad der nuklearen Ab-

rüstung verlassen. Und das in einer Zeit, in der Atom-
mächte mit der Modernisierung ihrer Waffensysteme das
Wettrüsten anheizen.

Dass Frau Kramp-Karrenbauer nach dem Scheitern in Af-
ghanistan eine Erhöhung des Rüstungsetats fordert ist für
mich nicht mehr nachvollziehbar.

Die Milliarden, die für Anschaffung und Betrieb der Atom-
waffenträger notwendig sind, wären besser investiert:

in ein handlungsfähiges Gesundheitswesen, in Forschung
und Entwicklung von Medikamenten, Impfstoffen und in
die Unterstützung anderer Staaten in der Bekämpfung der
Pandemie.

Ja, jeder Euro in das Gesundheitswesen statt in Waffen-
systemen kann mehr Leben retten!

Wir brauchen eine offene Debatte über den Sinn und
Zweck atomarer Abschreckung. Ohne die Stationierung
von US-Atomwaffen in Deutschland wäre der Weg für die
Bundesregierung frei, dem UN-Vertrag über ein Verbot
von Atomwaffen beizutreten, wie es unser Nachbarland
Österreich bereits vorgemacht hat.

Die Teufelskreise immer weiterer Aufrüstung mit immer größeren Vernichtungspotenzialen müssen durchbrochen werden. Denn von mehr Sicherheit kann dabei für keine der beteiligten Seiten die Rede sein. Verschwenden wir nicht mehr Geld, Energie und Lebenskraft für Zerstörungs- und Vernichtungsmittel!

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

wir fordern eine Haushaltspolitik, die Abrüstung zur Priorität macht. Wir fordern ein klares NEIN zum 2-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden.

So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die

Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen!

Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern!

Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Die Miete ist der Brotpreis 21. Jahrhunderts.

Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus, dafür sind wir heute hier aus tiefster Überzeugung.

Deshalb sage ich für die Gewerkschaftsbewegung:

NEIN zu einer Erhöhung der Militärausgaben!

NEIN zu Rüstungsexporten! Wir wollen keine Welt im
Waffenwahn!

Für eine neue Entspannungspolitik jetzt!

Für ein Europa des Friedens und der Abrüstung und den
Beitritt Deutschlands zum Atomwaffensperrvertrag!

Wir ermutigen unsere Mitglieder, engagiert Euch für Ab-
rüstung, stärkt die Friedensinitiativen in Eurer Region!

Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung und einen Feld-
zug gegen den Hunger auf der Welt!

Stehen wir gemeinsam ein - für eine friedliche Welt!

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!